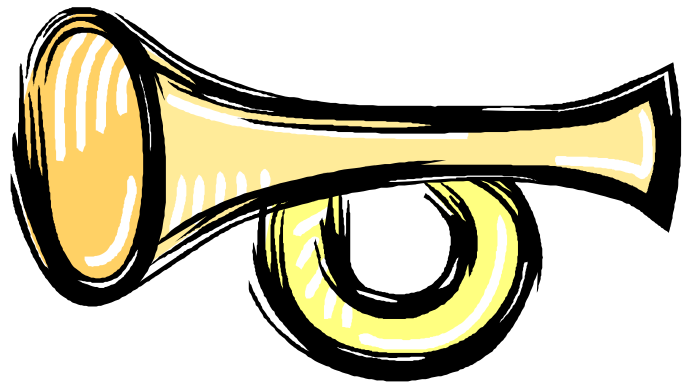


Aktuelle Post aus dem Kreistag (4)



30. September 2016

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Diese eingeschobene Sitzung am 29. September 2016 hatte vor allem den Zweck, den Ersten Kreibeigeordneten zum zweiten und letzten Mal abzuwählen. Das ist – wie zu erwarten war – erfolgt.

Doch eine andere Sache scheint uns wichtig: die rechten Parteien im Kreistag loten ihre Möglichkeiten aus. Diesmal gab es beim Thema Windkraft eigentümliche Konstellationen zum Antrag der NPD. Eine unschöne Sache!

DIE LINKE. Kreistagsfraktion hat sich an der Demonstration gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA beteiligt. Leider hat sich die Bundes-SPD für CETA ausgesprochen. DIE LINKE. Bundestagsfraktion reichte beim Bundesverfassungsgericht Klage ein. Außerdem haben Bürger/innen Klage eingereicht. Wir unterstützen das. So wie wir alle Aktivitäten unterstützen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Deshalb machen wir hier auch auf das wohnungspolitische Forum aufmerksam, das am 10. November 2016 stattfinden wird: der Verein „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“ organisiert diese Veranstaltung.
Gerne machen wir über diesen Verteiler dafür Werbung!

Wohnen macht arm.

**Bezahlbarer
Wohnraum
für ALLE!**



**Diskussionsforum
zur Wohnungspolitik
mit Dr. Sebastian Schipper
(Institut für Humangeographie, Uni Frankfurt),
Franz Parteder (KPÖ Graz)**



und sozial engagierten Gästen aus der Wetterau. Interessierte Bürger/innen sind herzlich zur Diskussion eingeladen!
Schirmherr: Dr. Ulrich Wilken,
Vizepräsident des Hessischen Landtags.
10. November 2016, 19 Uhr
Friedberg, Kaiserstraße 2

Das sind die heutigen Themen:

1. Antrag DIE LINKE. / Piraten: „Überarbeitung des Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen noch in diesem Jahr“
2. Antrag DIE LINKE. / Piraten: „Nutzung eines kreiseigenen Gebäudes in Niddatal“
3. Zweite Abwahl des bisherigen hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten Helmut Betschel (Grüne)
4. Die Rechte im Kreistag lotet ihre Möglichkeiten aus

... und außerdem Anfragen der Fraktion DIE LINKE. / Piraten an den Kreisausschuß:

Anfrage 'Sportanlage der Geschwister-Scholl-Schule Niddatal-Assenheim'

Anfrage zur barrierefreien Sanierung des Bahnhof Friedberg

Anfrage zur Verweigerung eines Bankkontos für Flüchtlinge mit Fiktionsbescheinigung

Anfrage zur Fortschreibung der Erhebung über Sozialwohnungen im Wetteraukreis



DIE LINKE. Wetterau bei der Demonstration gegen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA am 17. September 2016 in Frankfurt.

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Überarbeitung des Schlüssigen Konzepts der Mietobergrenzen noch in diesem Jahr

Die Mieten steigen derzeit wieder deutlich an. Das bestreitet eigentlich niemand. Ebenso wenig wird bestritten, dass erheblich mehr bezahlbarer Wohnraum notwendig wäre. Doch in der Wahrnehmung der meisten wetterauer Kommunalpolitiker/innen fehlt, dass diese Situation auch etwas mit der Sozialpolitik vor Ort zu tun haben müsste.

Die Mietobergrenzen des Wetteraukreises betreffen nicht nur arbeitslose Menschen. Sie gelten auch für Aufstocker/innen – also alle, die ihren Minilohn beim Jobcenter aufstocken müssen damit es zum Leben reicht – und für Rentner/innen, Menschen mit Behinderung und andere Transferleistungsempfänger/innen. Mietobergrenzen geben vor, für wie viel Geld eine Wohnung angemietet werden darf. Wenn sie zu niedrig berechnet werden, finden die betroffenen Menschen keine Wohnung auf dem teuren Wohnungsmarkt.

Wir haben schon öfter auf die viel zu niedrig berechneten Mietobergrenzen im Wetteraukreis aufmerksam gemacht und dazu Anträge gestellt. Dieses Mal haben wir den Kreistag mit einem Vergleich der Mietobergrenzen der Jahre 2005, 2015 und 2016 konfrontiert. Die Obergrenzen haben sich oft kaum erhöht. Im Ostkreis sind sie sogar gesunken! Lediglich für Single-Haushalte gab es durchgehend eine Erhöhung, die jedoch auch nicht ausreichend berechnet ist.

Wir haben Mietobergrenzen des Hochtaunus-Kreises und des Kreises Groß-Gerau zum Vergleich herangezogen. Selbst im Hintertaunus darf für einen zwei Personen Haushalt die Miete 160 Euro teurer sein als z.B. in Butzbach oder Florstadt.

Unseren kompletten Antrag mit den Vergleichenden Tabellen finden Sie / findet ihr hier:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antrag%3%A4ge/681-mietobergrenzen-%3BCberabreiten.html>

Hier ist unsere Rede:

*„Herr Kreistagsvorsitzender,
meine Damen und Herren,
die Mietobergrenzen des Wetteraukreises sind Teil einer repressiven Sozialpolitik. Menschen werden unzulässig unter Druck gesetzt.
Denn diese Mietobergrenzen erfüllen mehrere Kriterien nicht, die das SGBII und das Bundessozialgericht einfordern:
Die Mietobergrenzen müssen nämlich so festgesetzt sein, dass Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt mit einbezogen werden.
Das ist bei den Wetterauer Mietobergrenzen nicht der Fall.“*

Die Datenbasis stammt zum größten Teil unverändert aus dem Jahr 2011.

Nur ein kleiner Teil der Daten wurde Ende 2014 wirklich neu erhoben.

Schon das ist ein Grund für eine Überarbeitung: die Daten müssen alle vier Jahre neu erhoben werden.

Dass diese Anpassung an die Gegebenheiten des Wohnungsmarkts nicht erfolgt ist, wird deutlich, wenn man die Mietobergrenzen der Jahre 2005, 2015 und 2016 vergleicht. Wir haben diesen Vergleich als Anhang zugefügt.

Daraus geht hervor: Obwohl die Mieten zwischen 2005 und heute erheblich gestiegen sind, wurden die Wetterauer Mietobergrenzen lediglich bei Single-Haushalten wirklich erhöht. Erhöht – nicht angepasst!

Alle anderen Festsetzungen zeigen eine derartige Ignoranz gegenüber der Mietentwicklung, da wird einem schwindelig!

Oder wie würden sie das nennen, wenn im teuersten Gebiet der Wetterau (Karben, Bad Vilbel, Rosbach) für zwei und drei Personen-Haushalte nur eine Anhebung von 10 Euro seit 2005 erfolgt ist?

Wie würden Sie es nennen, wenn die Obergrenze in Butzbach für zwei Personen folgende Entwicklung genommen hat: 2005 wurden 325 Euro berechnet. 2015 dann 340 Euro. Und jetzt, 2016, sind es 330 Euro. Also eine Erhöhung um 5 Euro in 11 Jahren!

Noch drastischer im Ostkreis: In Altenstadt, Nidda, Büdingen und den anderen östlichen Kommunen sind die Obergrenzen seit 2005 für zwei Personen und Familien mit Kindern sogar gesunken!

Am drastischsten in Gedern, Hirzenhain und Kefenrod.

Auch wenn dort die Mieten niedriger sind als im Westkreis: dass eine Familie heute 40 bis 80 Euro weniger Miete zahlt als 2005, das können selbst Sie nicht glauben!

Für die Notwendigkeit einer Überarbeitung gibt es noch einen weiteren triftigen Grund: Durch SGBII und Bundessozialgericht ist festgelegt:

Die Obergrenzen müssen so festgesetzt sein, dass mit diesen Mieten freie und bezugsfähige Wohnungen angemietet werden können.

Gibt es diese freien bezugsfähigen Wohnungen nicht, dürfen keine Mietobergrenzen Geltung haben.

Eine unaktuelle Datenerhebung gibt natürlich auch keinen Aufschluss darüber, ob es ausreichend Wohnungen gibt, die frei und beziehbar sind. Dazu müsste die Mietentwicklung und der Wohnungsbedarf im unteren Mietpreissegment mit dem Angebot auf dem Wohnungsmarkt abgeglichen werden.

Aber ein Blick auf Nachbarkreise zeigt: in der Wetterau haben die Mietobergrenzen nichts mit der Realität zu tun.

Selbst im Hintertaunus liegen sie für zwei Personen 160 Euro höher als zum Beispiel in Florstadt oder Butzbach. Im ländlichen Biebesheim, im Kreis Groß Gerau, sind es 150 Euro mehr.

Auch dieser Vergleich hängt dem Antrag an.

Wir fordern den Kreisausschuss auf, diese Schiefelage endlich zu beseitigen und dafür zu sorgen, dass auch Menschen, die der Mietobergrenzenregelung unterliegen, eine Wohnung finden und bezahlen können!

Der Landrat widersprach unserem Antrag und stellte dar, dass die derzeitigen Mietobergrenzen absolut ausreichend wären. Dabei stellte er auch wieder die falsche Behauptung auf, das Konzept der Mietobergrenzen sei vom Gericht bestätigt. Das Gericht in Gießen hat lediglich bestätigt, dass bei der formalen Erstellung des Konzepts die gesetzlichen Anforderungen beachtet wurden. Ob die angegebenen Miethöhen wirklich schlüssig sind, wurde bisher nicht entschieden. Immer wenn ein Gerichtsverfahren so weit gediehen war, dass die Miethöhen überprüft werden sollten, hat das Jobcenter einem Vergleich zugestimmt.

Antrag DIE LINKE. / Piraten: Nutzung eines kreiseigenen Gebäudes in Niddatal

In Niddatal wird ein Raum für die Jugendarbeit gesucht. Ein Raum bietet sich an, der an die alte Sporthalle/Gymnastikhalle der Geschwister Scholl Schule in Niddatal-Assenheim angrenzt. Er dient derzeit als Lager. Zuvor wurde er als Gruppenraum vom ortsansässigen Tischtennisverein verwendet.

Die eigentliche Halle wird als Notunterkunft für Flüchtlinge vorgehalten. Derzeit steht sie leer. Das wollen wir auch nicht ändern. Doch der Anbau, von dem die Rede ist, wurde auch nicht genutzt, als Flüchtlinge untergebracht waren.

Er könnte also für die Jugendarbeit frei gegeben werden.

Hier geht es zu unserem Antrag:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/2012-06-11-08-40-18/antr%C3%A4ge/680-nutzung-der-alten-sporthalle-in-niddatal-assenheim-f%C3%BCr-die-jugendarbeit.html>

Der Antrag wurde abgelehnt. Es wurde nicht darauf eingegangen, dass es sich nicht um die Halle / Notunterkunft handelt, die für Jugendarbeit genutzt werden soll, sondern um den ungenutzten Anbau. Es wurde so abgestimmt, als wäre die Notunterkunft freizugeben. Wir hatten uns jedoch eindeutig zur Nutzung der Halle als Notunterkunft bekannt.

Die NPD stellte einen Antrag, die gesamte Halle nicht mehr als Notunterkunft zu nutzen. Dies wurde bei Enthaltung der AfD abgelehnt.

Zweite Abwahl des bisherigen hauptamtlichen Ersten Kreisbeigeordneten Betschel (Grüne)

Die vorzeitige Abwahl eines hauptamtlichen Kreisbeigeordneten muss zweimal erfolgen. Eigentlich wurde nur deshalb diese Kreistagssitzung für den 29. September eingeschoben. Helmut Betschel wurde abgewählt und verabschiedet.

Wir haben gegen diese Abwahl gestimmt.

Das sind unsere Argumente:

„Wir werden der Abwahl des ersten Kreisbeigeordneten nicht zustimmen.

Da wird einerseits überall drastisch eingespart:

bei den Schülerbeförderungskosten, den Schulputzfrauen, am Salaire für Noteltern, an der Therapiezeit für Verhaltensgestörte Schüler/innen, bei der psychosozialen Beratung, bei der Schuldnerberatung, bei den Sozialleistungen, bei den Kosten für Unterkunft und Heizung, durch die Ausdünnung der Verwaltungsstellen im Ostkreis, beim Mitgliedsbeitrag für die Schutzgemeinschaft Vogelsberg, usw. usf.

Und andererseits soll jetzt Geld ausgegeben werden, für einen abgewählten Kreisbeigeordneten.

Ich gönne Herrn Betschel, dass er zu Hause bleiben darf und dafür Geld bekommt, so ist das nicht!

Aber diese Abwahl und die geplante Wahl von zwei hauptamtlichen Kreisbeigeordneten steht im krassen Gegensatz zu der Sparwut, die Sie, Herr Landrat, bisher immer in den Vordergrund gerückt haben.

Es ist logisch niemandem zu erklären, wieso man jetzt wegen des Parteienproporz Geld ausgibt, das man bei sozialen Projekten eingespart hat“

Die Rechte im Kreistag lotet ihre Möglichkeiten aus

Keine Beachtung fand ein Antrag der NPD zum Burka-Verbot. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Jedoch enthielt sich die AfD.

Bei einem weiteren NPD-Antrag ergab sich eine eigentümliche Konstellation.

Der Antrag verlangte, dass sich der Kreistag gegen den Bau von Windrädern einsetzen soll. Die AfD stellte einen Änderungsantrag und übernahm das Thema von der NPD. Die AfD stellte heraus, dass sie grundsätzlich gegen Windkraft sei. Wenn die Bürger jedoch Windräder forderten, seien sie für den Bau. Dennoch sei die Windkraft eine unzuverlässige Stromquelle, die negative Folgen für die Natur habe.

Diesmal stellte auch die FDP einen Änderungsantrag zum Windkraftantrag der NPD. Vor Einzug der AfD in den Kreistag ist es noch nie passiert, dass ein NPD-Antrag von einer anderen Partei aufgegriffen wurde. Dass die AfD der NPD Beachtung zollt, erscheint nicht ungewöhnlich. Jetzt tut es auch die FDP. Bei den bisherigen Wahlen zur den verschiedenen Gremien hatte die AfD der FDP bereits mehrmals „Leihstimmen“ abgegeben, damit sie mit ihren vier Abgeordneten Posten besetzen kann. Gibt es Kontakte zur AfD?

Den NPD-Antrag aufzugreifen war eigentlich unnötig. Es hätte ja auch die Möglichkeit gegeben, zum nächsten Kreistag einen eigenen FDP-Antrag zur Windkraft einzubringen.

Das war unsere Rede zum Windkraft-Antrag der NPD:

„DIE LINKE. lehnt diese drei Schaufensteranträge allesamt ab.

1. Ich habe noch nie erlebt, dass sich die Rechten gegen die Überlandleitungen ausgesprochen hätten. Die verspargeln die Landschaft in viel krasserer Weise, als das die Windräder tun.

2. Wenn man die Wende zu regenerativen Energien nicht betreiben sondern torpedieren will, dann muss man auch sagen, woher der Strom aus der Steckdose denn kommen soll. Das lassen die Rechten immer weg. Die Alternativen zur Energiewende ist nämlich Kohle- und Atomstrom.

3. Es wird Stimmung gemacht. Egal, wie begründet oder unbegründet die Stimmung in der Bevölkerung ist – Hauptsächlich man puscht die Gefühle hoch, um möglichst politisch abzusahnen. Mit einer sachlichen Debatte hat das nichts zu tun.“

Leider hatten wir nicht mehr Redezeit, um auf die unsachlichen Thesen der Anträge einzugehen.

Anfragen der Fraktion DIE LINKE. / Piraten an den Kreisausschuss:

Anfrage Sportanlage der Geschwister-Scholl-Schule Niddatal-Assenheim

1. Ist dem Wetteraukreis der Zustand der Sportanlage der Geschwister-Scholl-Schule bekannt?
2. Ist eine grundlegende Sanierung geplant?
3. Wann soll diese Sanierung eventuell durchgeführt werden?
4. Welche Sanierungsmassnahmen sind geplant?

Begründung:

Bei einer Begehung der Sportanlage, wurden folgende Mängel festgestellt:

Die Anlage ist 30 Jahre alt . Genauso alt ist der Belag der Laufbahn (Aschenbahn) und die Hoch- und Weitsprunganlage.

Die Schule nutzt die Sportanlage für die Bundesjugendspiele. Vor den Spielen wird die Laufbahn , vom Bauhof Niddatal abgezogen, um sie wenigstens einigermaßen gebrauchsfähig zu machen. Eine geeignete Maschine ist nicht vorhanden. In der übrigen Zeit des Jahres ist sie von Unkraut überwuchert. Die veraltete Anlage, birgt eine hohe Verletzungsgefahr für die Sportler.

Unebenheiten, grober Split und Steine aus dem Untergrund liegen auf der Oberfläche. Es besteht Rutschgefahr wegen Pflanzenresten .

Die Hochsprunganlage ist verwittert, marode und so alt wie die Sportanlage selbst. Die Matten im gesamten Bereich sind ebenfalls verwittert und zerfallen beim Anheben. Die Hochsprunganlage kann nicht benutzt werden.

Die Weitsprunganlage befindet sich ebenfalls in diesem maroden Zustand. Der Anlauf ist ebenfalls uneben . Die Absprungbretter sind verwittert. Von dem mitnutzenden Verein TV Assenheim wurde ein Absprungbrett auf eigene Kosten erneuert, um ein Sportbetrieb aufrecht erhalten zu können.

Die Abläufe für das Regenwasser sind nicht mehr intakt, das Regenwasser bleibt auf der Laufbahn stehen.

Die Sportanlage der Geschwister-Scholl-Schule befindet sich in einem maroden Zustand. Ein gefahrloser Leichtathletik-Sportbetrieb ist nicht möglich. Eine grundhafte Sanierung der Anlage ist dringend erforderlich.

Anfrage zur barrierefreien Sanierung des Bahnhofs Friedberg

Immer wieder gibt es Beschwerden über die Mißstände am Bahnhof der Kreisstadt Friedberg.

Mobilitätseingeschränkte Menschen, Reisende mit schwerem Gepäck, Kinderwagen, Fahrrädern usw. haben enorme Schwierigkeiten: es gibt weder Türöffner für die schweren Bahnhofstüren, noch einen Fahrstuhl. Es fehlen Toilettenanlagen und hier besonders barrierefreie Toiletten.

Die Fraktion DIE LINKE./PIRATEN bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sind dem Kreisausschuss diese Mißstände bekannt? Wenn ja, seit wann?
2. Was hat der Kreisausschuss bisher getan, um die Mißstände am Bahnhof Friedberg einer Lösung zuzuführen?
Wurden Gespräche mit der Stadt Friedberg geführt?
Wurden Gespräche mit den Bahnunternehmen, bzw. dem RMV geführt?
Welche Ergebnisse hatten diese Gespräche?
3. Wurde im Kreisausschuss bereits darüber beraten, ob der Wetteraukreis sich an der Verbesserung der Situation im Bahnhof Friedberg beteiligt? Mit welchem Ergebnis?

Anfrage zur Verweigerung eines Bankkontos für Flüchtlinge mit Fiktionsbescheinigung

Zurzeit verweigert die Sparkasse Oberhessen anerkannten Flüchtlingen mit einer Fiktionsbescheinigung die Eröffnung eines Girokontos.

Auf Nachfrage, auf welcher Grundlage diese Verweigerung basiere, teilte man uns mit, dass es sich um neue Anweisungen des Wetteraukreises handle.

Sobald einem Flüchtling vom BAMF die Flüchtlingseigenschaften zuerkannt wurden, stellt das zuständige Sozialamt alle Leistungen ein. Um weiterhin den Lebensunterhalt finanzieren zu können, muss ein Flüchtling beim Jobcenter Wetterau einen Antrag auf ALG II stellen. Die beantragten Leistungen können nur ausbezahlt werden, wenn ein Flüchtling ein Girokonto bei einer Bank hat. Bargeld wird beim Jobcenter nicht ausgezahlt.

Der Bundesrat verabschiedete am 16. 3. 2016 das sogenannte Zahlungskontengesetz, das ein "**Konto für jedermann**" vorsieht. Mit dem Gesetz haben alle Verbraucher bundesweit das Recht auf einen Zugang zu einem Bankkonto mit den wichtigsten Funktionen. Dazu gehören Bareinzahlungen und -auszahlungen sowie Lastschriften und Kartenzahlungen. Zuvor wurde Obdachlosen und Asylsuchenden dieses Recht meist verweigert. Verweigern können Banken die Kontoeröffnung für jedermann nur noch in Ausnahmefällen – beispielsweise bei bestimmten Straftaten wie Geldwäsche.

Aber auch schon das Hessische Sparkassengesetz vom 10. November 1954 in der Fassung vom 24. Februar 1991 enthält eine Sollvorschrift: § 2, Aufgaben:

(4) Die Sparkassen sollen nach Maßgabe der Mustersatzung jeder Einwohnerin und jedem Einwohner im Gebiet ihres Trägers auf Verlangen ein Girokonto auf Guthabenbasis einrichten.

Die Fraktion DIE LINKE./PIRATEN bittet um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Gründe liegen vor, dass Flüchtlinge mit Fiktionsbescheinigung kein Girokonto bei der Sparkasse Wetterau eröffnen können?
 - 1a) Gelten in der Wetterau und für die Sparkasse Oberhessen das Zahlungskontengesetz und das Hessische Sparkassengesetz nicht?
 - 1b) Ist es richtig, dass der Wetteraukreis bei den Banken eine interne Absprache traf, die die Einrichtung eines Bankkontos für Flüchtlinge mit Fiktionsbescheinigung betrifft? Wenn ja, wie sieht diese Absprache konkret aus?
2. Wieso sind die Mitarbeiter des Jobcenters darüber nicht informiert?
3. Wie sollen Flüchtlinge an die Ihnen zustehenden Leistungen kommen, wenn das Jobcenter Wetterau weder Schecks ausstellt, noch Barauszahlungen tätigt?
4. Wovon soll ein Flüchtling leben, der keinen Zugang zu seinen Leistungen erhält?
5. Wohin soll ein möglicher Arbeitgeber den Lohn überweisen?

Anfrage zur Fortschreibung der Erhebung über Sozialwohnungen im Wetteraukreis

Im Juni 2013 erhielten die Mitglieder des Ausschusses „Jugend, Soziales und Gesundheit“ einen Bericht „Sozialer Wohnungsbau im Wetteraukreis“, mit dem ein Kreistagsbeschluss vom 10. 10. 2012 umgesetzt wurde. Darin wurden Aktivitäten und Planungen im Sozialen Wohnungsbau der Wetterauer Kommunen erfragt und das Ergebnis dargestellt.

Die Fraktion DIE LINKE. / Piraten stellt zur Kreistagssitzung am 12. Oktober 2016 folgenden Antrag:
Der Kreistag beauftragt den Kreisausschuss, die Erhebung „Sozialer Wohnungsbau im Wetteraukreis“ fortzuschreiben und mit einer Umfrage die Zahlen und Auskünfte zu aktualisieren.

Begründung:

Die Erhebung aus dem Jahr 2013 ist nicht mehr aktuell. Die Nachfrage am Wohnungsmarkt ist gestiegen, ebenso, wie die Mieten. Auch die Berechnungen des Pestel-Instituts, nach denen im Jahr 2017 im Wetteraukreis 2780 Wohnungen – vor allem Sozialwohnungen – fehlen werden, sind nicht mehr up to date. Zuzüge und die Migration von Flüchtenden haben einen höheren Wohnungsbedarf zur Folge. Einige Städte haben inzwischen zaghaft begonnen, Wohnungen zu bauen. Um sich ein Bild in diesem wichtigen Bereich der Sozialpolitik zu machen und um sachgerecht planen und beschließen zu können, halten wir eine Aktualisierung der Erhebung für notwendig.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber